

Ausdifferenzierung - Entdifferenzierung Mediensystem und politische Kommunikation

Der Autor, Oberassistent am Soziologischen Institut der Universität Zürich, diskutiert sieben Bemerkungen zu einem theoretischen und empirischen Problem der Kommunikationswissenschaft: Prozesse der Aus- und Entdifferenzierung zwischen Mediensystem und politischem System.

Über die Entwicklung der *politischen Kommunikation* aus den normsetzenden Binnenkulturen literarisch-bürgerlichen Raisonnements über die Aera der Parteipresse bis hin zum hochdifferenzierten, stark *selbstreferentiellen* und *professionalisierten* Mediensystem der Gegenwart, bestehen wenig gesicherte Einsichten. Sieht man vom Übergang einer noch personalisierbaren Kommunikation in und zwischen Aufklärungsgesellschaften hin zur Kommunikation mit einem *anonymen Publikum* in Gestalt der Parteipresse ab, dann ist mit dem Bedeutungsverlust der «Weltanschauungsorgane» und der korrelativen Karriere der Forumspresse und der elektronischen Medien der wichtigste Ausdifferenzierungsprozess des Mediensystems benannt.¹ In der Schweiz ist die Akzeleration dieses Übergangs – auch unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachläufer – auf die 60er Jahre zu datieren. Die *Aera der Parteipresse* zuvor ist gekennzeichnet durch die *wechselseitige Resonanz*, die die politische Kommunikation bei den Parteizeitungen findet. Der Kampf um die «öffentliche Meinung» wird durch gesinnungsethisch motivierte Medien bestritten, deren Redaktionen den intellektuellen Kern der Parteien und Verbände bilden, deren Organe sie darstellen. Die in diesem Medien geführte politische Kommunikation gestaltet sich als *virtuelle Versammlungskommunikation*, indem die Redaktionen im politischen Meinungsstreit sich wechselseitig als *pars pro toto* des politischen Gegners wahrnehmen und in polemischen Diskurs auf *Themen und Meinungen* der jeweils anderen Organe reagieren.² Die auf diese Weise geführte politische Kommunikation lässt sich beschreiben als *publikumsoffene*, selbstreferentielle Elitenkommunikation auf hohem Komplexitätsniveau. Die Rollen des Politikers und des Redaktors bzw. Schriftleiters sind nur schwach ausdifferenziert. Der gesinnungsethische Journalismus basiert auf einem Selbstverständnis, das sich die Aufklärung des Publikums über politische Sachverhalte und gegnerische Absichten zur Pflicht macht. Da die Kommunikation gleichzeitig interaktiv ist, d.h. weil zum wahrgenommenen Publikum immer auch das Leitmedium des politischen Gegners gehört und weil das politische Raisonnement in eine «Weltanschauung» eingelassen ist, rekuriert dieser Journalismus *nicht auf individuelle Meinungen*, sondern vertritt *Gruppenpositionen* an der Front des Zeitgeschehens und setzt hohe Anforderungen in die Verstehensfähigkeit des Publikums.³

Der Rückgang der Gesinnungspresse zugunsten der Forumsmedien (und der Boulevardzeitungen) schafft die-

sen *einerseits* politische Profilierungsmöglichkeiten⁴ (die allerdings ohne weltanschauliche Basis in Abhängigkeit von Zielgruppendefinitionen und der «redaktionellen Linie» einer höheren Fluktuation unterliegen⁵ vergrößert jedoch *andererseits* schlagartig die Abhängigkeit der Medien vom Markterfolg. Im Rahmen eines intensiven Wettbewerbs um Reichweite und Beachtungsgrad sind starke Monopolisierungstendenzen unübersehbar sowie eine, der Weltanschauungspresse fremde, Orientierung an *Kaufkraftgruppen*.⁶ Damit verbunden ist die Karriere von special-interest-Medien, die Zersplitterung öffentlicher Kommunikation in einem ständig wachsenden Medienkiosk, die Steigerung des Unterhaltungscharakters von Radio und Fernsehen wie der Printmedien und eine an den perzipierten Aufmerksamkeitsbedürfnissen des Publikums orientierte Eigenlogik der Nachrichtenvermittlung und -aufbereitung.⁷ Mit der Dualisierung der elektronischen Medien in den 80er Jahren verschärfen sich die genannten Entwicklungen.⁸ Inwieweit dies die politische Kommunikation beeinflusst, ist ein grundlegendes empirisches Problem der Öffentlichkeitsforschung und gleichzeitig ein gesellschaftliches Problem insofern es die Steuerungs- und Integrationsfunktion der Öffentlichkeit überhaupt tangiert.

Mit Blick auf die Modi öffentlicher politischer Kommunikation harren im wesentlichen *sieben z.T. widersprüchliche Tendenzen* einer präzisen diachronen Evaluation.

1. Von hoher Evidenz ist die Annahme, dass der Bedeutungsverlust der Parteiorgane verbunden ist mit der Reduktion publikumsoffener, *interaktiver* politischer Elitenkommunikation. Bis dato gibt es allerdings keine Untersuchung, die die wechselseitige Resonanz bzw. die Selbstreferenz von Leitmedien über die Zeit erfasst. Eine solche Analyse muss allerdings die interaktive Resonanz auf *Themen* von derjenigen auf *Meinungen* unterscheiden.

2. Die wechselseitige Resonanz der Medien scheint sich mehr als in der Aera der Parteizeitungen auf Themen denn auf die Auseinandersetzung um Meinungen zu beziehen. Wenn sich dies bestätigt, dann zeigt sich, dass die Kommunikationskonvergenz, d.h. die Fokussierung derselben Themen durch verschiedene Medien, stärker als zuvor durch die Perzeption der Aufmerksamkeitsbedürfnisse des Publikums gesteuert wird. Die Selbstreferenz der Medien hat sich dann von der Themen- und Meinungsresonanz zur *Themenresonanz* verschoben.

